

»Sei ein Terrorist!«

Extremismus

Die militante Linke wird gefährlicher, Angriffe auf Menschen sind kein Tabu mehr. Staatsschützer warnen, die Politik wirkt hilflos im Umgang mit der Gewalt.



Wie feindselig die Stimmung ist, merkt Thomas Datt nach wenigen Minuten. Vorvergangenen Samstag in Leipzig, 1600 Menschen formieren sich zu einer Demo durch die Innenstadt. Schwarz gekleidet sind die meisten und verummmt. Sie demonstrieren gegen das Verbot der linksextremen Internetplattform Indymedia und angeblich für die Pressefreiheit. Datt berichtet als freier TV-Reporter für den MDR. Einer der ersten Sätze, die sein Kamerteam aus der Menge hört: »Scheißpresse, verpiss dich!«

Der 52-Jährige neigt nicht dazu, die Dinge zu dramatisieren. Er hat schon viel gesehen, seit den Neunzigerjahren habe er über Dutzende linker Demos in Leipzig berichtet, so Datt. Doch diese wird ihm im Gedächtnis bleiben. »Die Presse«, sagt Datt, »wurde als Gegner betrachtet.« In 20 Berufsjahren habe er eine solche Aggressivität von Linken nicht erlebt.

Eine Journalistin der »taz« twittert später, ihr seien aus der Menge Prügel angedroht worden: »Noch ein Foto, dann hau ich dir aufs Maul!« Ein Reporter von **SPIEGEL TV** muss mit ansehen, wie sein Kameramann von einem Demonstranten hinterrücks brutal umgerissen wird. Er beobachtet, dass Rauchfackeln gezielt auf Journalisten geworfen werden.

Der Zug durch Leipzig wird eine Orgie der Gewalt. Vermummte werfen Böller und Steine auf Polizisten. Autoscheiben werden zertrümmert, eine Straßenbahnhaltestelle zerstört. Selbst die linke Landtagsabgeordnete Juliane Nagel, tief in der Szene verankert, klagt via Twitter, als alles vorbei ist: »Kann mir mal jemand erklären warum #le2501 so gelaufen ist, wie es gelaufen ist. Ich verstehe es nicht.«

Die Krawalle in Leipzig sind nur das jüngste Zeichen für eine Welle der Gewalt, mit der Extreme vom linken Rand das Land überziehen. »Die deutliche Zunahme der Gewalt von Linksextremisten besorgt mich sehr«, sagt Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU). Sie agieren vor dem Hintergrund eines erstarkenden Rechtsextremismus, dem sie womöglich die eigene Kampfkraft entgegensetzen wollen. »Wenn in einem Bereich der Rechtsextremismus zunimmt, kann sich linksextremistische Gegengewalt formieren«, sagt Thomas Haldenwang, Chef des Bundesamts für Verfassungsschutz.

Lange galt in der autonomen Szene die ungeschriebene Regel: Gewalt gegen Sachen ist erlaubt, Gewalt gegen Menschen tabu. Offenbar gilt das für Linksextremisten nicht mehr.

»Die Hemmschwelle ist gesunken«, so Haldenwang. Auch in einem vertraulichen Lagebild, das dem **SPIEGEL** vorliegt, schlägt Haldenwangs Amt Alarm: Angriffe auf Polizisten, »aber auch auf den politischen Gegner« würden immer häufiger.

Torsten Voß, Chef des Hamburger Verfassungsschutzes, stellt fest: Linksextremisten nähmen inzwischen in Kauf, dass bei Anschlägen auch das Leben Unbeteiligter gefährdet werde. Es sei »reines Glück«, dass in jüngster Zeit niemand getötet wurde. Eine neue Eskalationsstufe sei erreicht. »Wir nähern uns der Schwelle zum Linksterrorismus.«

Hamburg ist neben Leipzig und Berlin ein Zentrum der Szene. Der harte Kern der etwa 9000 Linksextremisten und Linksextremistinnen, die Verfassungsschützer in Deutschland als gewaltorientiert einschätzen, lebt in diesen Städten. Hier lässt sich der Trend zur Militanz beobachten, die Feindschaft zum Staat, die Menschenverachtung.

Der öffentliche Aufschrei angesichts der Gewalttaten fällt vergleichsweise harmlos aus. Es mag daran liegen, dass Gewalt von Linksextremisten nicht selten bis in die gesellschaftliche Mitte hinein als lässliche Sünde gilt.

Immerhin stehen dahinter vorgeblich hehre Motive. Es geht gegen explodierende Mieten in Großstädten, gegen Rassismus, gegen Nazis. Man ist für Flüchtlinge, für Seenotrettung, für Pressefreiheit. Klingt alles gut.

»Linksextremisten missbrauchen gesellschaftlich breit diskutierte Themen«, sagt Verfassungsschützer Voß. Dadurch wollten sie »Bündnisse mit engagierten Demokraten« schließen. In Wahrheit lehnten sie die Demokratie aber ab.

In Leipzig zeigen die jüngsten Ausschreitungen, dass es wenig um vorgebliche Ziele geht, sondern vor allem darum, zu provozieren und zu eskalieren. Wie sonst käme man auf die Idee, für Pressefreiheit zu demonstrieren, aber Journalisten zu attackieren? Im August 2017 hatte das Bundesinnenministerium die Internetseite Linksunten.indymedia.org verboten, weil dort immer wieder öffentlich zu Gewalt aufgerufen wurde. »Hass und Hetze« habe das Portal verbreitet, so Bundesverfassungsschützer Haldenwang.

Dagegen wehrten sich die mutmaßlichen Betreiber. Unterstützung bekamen sie von der Organisation »Reporter ohne Grenzen«. Es sei »völlig unverhältnismäßig«, die Plattform einschließlich der rechtlich zulässigen Inhalte zu verbieten. Am vorvergangenen Mittwoch entschied das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig: Das Verbot gilt.

Angesichts der zunehmenden Gewalt schlagen sächsische Staatsschützer Alarm. In einem vertraulichen Lagebild warnt das Landeskriminalamt (LKA), die Schwelle zum Terrorismus sei erreicht.

Nachhaltig verstört hat die Leipziger der Übergriff auf die Mitarbeiterin einer Immobilienfirma. Im November klingelten abends zwei Vermummte bei Claudia P. Die 34-Jährige arbeitet für ein Unternehmen, das im Stadtteil Connewitz das noble Südcarré errichtet. Die Angreifer schlugen mehrmals mit der Faust auf die Frau ein. Auf Indymedia hieß es hinterher: »Wir haben uns entschieden, die Verantwortliche für den Bau eines problematischen Projekts im Leipziger Süden da zu treffen, wo es ihr auch wirklich wehtut: in ihrem Gesicht.« Die Frau möchte über den Vorfall nicht sprechen.

Hamburg, Landgericht, Anfang Januar. Justizbeamte bringen Felix R. und Ingmar S. in den Saal der 15. Großen Strafkammer. Seit einem knappen halben Jahr sitzen die beiden Männer in U-Haft. Hinter einer hohen Sicherheitsscheibe aus Plexiglas johlen die Zuschauer, trampeln, klatschen.

Der 31-jährige R., hager, mit Hemd und Jeans, verteilt Handküsse. Beide Männer umarmen ihre Mitangeklagte Lykke D., die auf freiem Fuß ist. Als die Fotografen kommen, verhüllen die Angeklagten ihr Gesicht mit Aktendeckeln. »Geier«, schreit einer aus dem Publikum. »Verpisst euch!« Später skandiert das Publikum im Chor: »Freiheit für alle Gefangenen!«

7961

links motivierte Straftaten 2018 in Deutschland

davon

1340

Gewalttaten

Quelle: BKA

Die Angeklagten sind Stars der anarchistischen Szene, bekannt als die »Drei von der Parkbank«. Im Juli, am zweiten Jahrestag des G-20-Gipfels, nahm die Polizei sie fest, als sie nachts auf einer Bank saßen. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen die Verabredung zu einem Verbrechen vor.

Laut Anklage trug Felix R., der als Leitfigur der Szene gilt, Brandsätze im Rucksack. Das Trio hatte demnach vor, gemeinsam mit einem unbekanntem Mittäter vier Brandanschläge zu verüben. Auf ein Fahrzeug und ein Geschäftsgebäude der Immobilienfirma Vonovia, auf die Geschäftsräume eines Maklers. Und auf das Mehrfamilienhaus, in dem Bausenatorin Dorothee Stapelfeldt (SPD) wohnt.

Acht Monate lang hatte der Staatsschutz den mutmaßlichen Rädelsführer Felix R. observiert. So spielten sich die mutmaßlichen Tatvorbereitungen vor den Augen der Kriminalpolizisten ab. »In der Regel gehen Linksextremisten bei der Tatausführung professionell und konspirativ vor«, sagt Claus Cortnumme, Chef des Staatsschutzes im Hamburger LKA. Die Täter benutzten kaum Handys, zögen bei Anschlägen zwei bis drei Paar Handschuhe an, um Spuren zu vermeiden.

Diesmal war die Polizei cleverer. Die Verhaftung des Trios sei ein »Stich ins Herz der anarchistischen Szene«, heißt es aus Ermittlerkreisen. Deutschlandweit führt die Polizei laut einer internen Statistik fünf Linksextremisten als Gefährder. Das sind Personen, denen man schwere Gewalttaten zutraut. Unter diesen fünf sind seit Juli die »Drei von der Parkbank«.

Die Ermittlungen gegen das Trio erlauben seltene Einblicke in das Denken gewaltbereiter Radikaler. Felix R. und Ingmar S. lebten bis zu ihrer Verhaftung in einer Fünfer-Wohngemeinschaft in Hamburg. In ihrer WG, in der Szene »Luxbau« genannt, fanden die Ermittler einschlägige Dokumente.

In einem Text, den R. verfasst haben soll, heißt es: »Wir sind gegen den Knast, weil wir diese Gesellschaft radikal verändern wollen und deswegen ihre Gesetze übertreten, weil wir uns nicht friedlich in ihre Städte, ihre Fabriken, ihre Kasernen, ihre Einkaufszentren integrieren wollen.« Auf einem Foto posieren R. und S. verumumt vor einem Banner mit der Aufschrift: »Don't be a tourist, be a terrorist.« - »Sei kein Tourist, sei ein Terrorist.«

Den Flur der WG schmückte den Ermittlungen zufolge ein Poster mit der Aufschrift »Gewalt gegen Polizisten! Jetzt!«. Am Küchenschrank ein Aufkleber mit dem Schriftzug »ACAB« - »All Cops are Bastards«, alle Bullen sind Bastarde.

Den Soundtrack zur Randalie lieferte eine beschlagnahmte CD, auf der die Ermordung von Polizisten besungen wird.

Die Szene solidarisierte sich mit den Inhaftierten. Felix R. und Ingmar S. erhielten im Untersuchungsgefängnis bislang rund 2000 Unterstützerbriefe. Deutschlandweit gab es seit Juli mehr als 30 Anschläge, nach denen die Täter in ihren Bekennerstreifen »Grüße an die Drei von der Parkbank« ausrichteten. Mal brannten in Bremen Polizeiautos, mal wurde das griechische Konsulat in München mit Farbe attackiert, mal gingen in Berlin Bankautomaten in Flammen auf. In Hamburg traf es auch Politiker wie den SPD-Mann Jan Pörksen.

Es war zwischen zwei und drei Uhr in einer Oktobernacht, als Pörksen ein seltsames Geräusch weckte. Zuerst dachte der Chef der Senatskanzlei an die Baustelle vor seinem Haus. Er lauschte genauer. Es knisterte.

Als er aus dem Fenster schaute, sah er, dass das Auto direkt vor seinem Haus und eine angrenzende Hecke in Flammen standen. Die Polizei war schon da, eine Nachbarin hatte den Notruf gewählt. Der Audi A6 gehörte einem Rentnerehepaar, das im selben Haus wie Pörksen lebt. Doch der Politiker ahnte sofort, dass es ein Anschlag war, der ihm galt. Im Bekennerstreifen wenige Tage später auf Indymedia hieß es: »Brennende Herzen lassen sich nicht wegschließen.« Mit weiteren Attacken sei zu rechnen: »Wir greifen nun die Köpfe der Hamburger Stadtregierung an.«

Dass die Flammen nicht größeren Schaden anrichteten, war eher Zufall. Der Abstand zwischen dem Audi und Pörkens Haus betrug nur etwa zwei Meter. Außerdem schmolz der Tank des Wagens, brennendes Benzin floss zu einem zweiten Auto, das ebenfalls in Brand geriet.

»Man denkt: Habt ihr sie noch alle? Wie die sich das zurechtbiegen«, sagt Pörksen. Er ist eher empört denn verängstigt. Ausgerechnet die Linken. Auch das Rentnerehepaar im Haus, dessen Audi zerstört wurde, könne nur noch mit dem Kopf schütteln. »Das sind Alt68er. Sie können das alles überhaupt nicht nachvollziehen«, so Pörksen.



»Parkbank«-Prozessteilnehmer in Hamburg am 8. Januar: »Freiheit für alle Gefangenen«

Anfang Dezember wurde der Hamburger SPD-Innensenator zum Ziel einer Attacke. Andy Grote saß mit seinem zweijährigen Sohn im gepanzerten Dienstwagen, der Politiker wollte sein Kind in die Kita bringen. Als der Wagen an einer Kreuzung im Stadtteil St. Pauli stoppte, näherten sich Vermummte. Sie schleuderten Steine und Farbbeutel auf den Wagen - und verschwanden. Auch andere Fahrzeuge wurden demoliert. Verletzte gab es nicht.

Schon zu Zeiten der Terrorgruppe RAF zerfaserte die militante Linke, so ist es auch jetzt wieder. Einige der heutigen Extremisten streben ein sozialistisches oder kommunistisches System an. Den weitaus größten Teil der gewaltbereiten Szene bilden sogenannte Autonome, die eine anarchistische Gesellschaft anstreben.

Linksextremisten, so der Staatsrechtler Stefan Goertz in einer aktuellen Analyse, versuchten, ihre Vorstellungen eines »selbstbestimmten Lebens« im Hier und Jetzt zu verwirklichen. Sie hätten ihre eigene Lebensweise und versuchten, sich »herrschaftsfreie« Räume zu schaffen. »Gewaltorientierte Linksextremisten wenden sich reflexhaft seit Jahrzehnten gegen das Gewaltmonopol des demokratischen Rechtsstaates«, so Goertz. Hauptfeindbild sei die Polizei, die nach dieser Sichtweise mit »Repression« die »Revolution« verhindere.

Die Gewalt von links trifft aber nicht nur Polizisten und Personen des öffentlichen Lebens. Ins Fadenkreuz gerät, wer stört. Julia Meyer und ihr Mann Franco können nicht vergessen, was ihnen widerfuhr. Das Ehepaar, das seinen wahren Namen nicht nennen will, lebte mehrere Jahre lang an der Rigaer Straße im Berliner Stadtteil Friedrichshain. Hier halten Radikale zwei Häuser zum Teil besetzt. An der Kreuzung Liebigstraße/Rigaer Straße kracht es regelmäßig. Die Linken betrachten die Kreuzung als »Dorfplatz«, den kurzen Straßenzug als »ihren« Kiez, in dem sie das Sagen haben.

Zurzeit läuft ein Prozess um die Räumung des besetzten Hauses Liebigstraße 34. Via Indymedia bedrohten Unbekannte im Vorfeld den Richter: »Würde er die Liebig 34 räumen lassen, müsste er den Rest seines Lebens mit Polizeischutz verbringen.« Das Ehepaar Meyer ist im Dezember 2018 weggezogen. »Es ging nicht mehr«, sagt Julia Meyer. »Der Psychoterror war zu stark.« Beide wollen reden, aber nur in einem anderen Stadtteil, in einem großen Café, in dem man Abstand zu den Nebentischen halten kann.

Im Jahr 2012 seien sie in den Kiez gekommen. »Wir sind linksorientierte, weltoffene Menschen«, sagen beide. Franco Meyer hat keinen deutschen Pass. Der Ärger begann, als Julia Meyer im März 2018 aus dem Fenster schaute. Sie sah, wie ein Bewohner aus einem Linken-Haus einen Passanten niederschlug. Das Opfer habe kurz darauf »absolut regungslos« auf dem Boden gelegen, sagt sie.



Verfassungsschützer Voß
Neue Eskalation

Julia Meyer lief zum Tatort. Ihr Mann kam hinzu. Als sie vor dem Schwerverletzten standen, so erinnern sie sich, sei ein schlaksiger Mann Mitte dreißig auf sie zugekommen: Joschka B., Führungsfigur der Rigaer Straße. Der gebürtige Rosenheimer ist dem LKA als »Gewalttäter links« bekannt. »Er sagte: »Sprich nicht mit der Polizei, wir wissen, wo du wohnst!« Die Polizei habe sich nicht zum Tatort getraut, sondern lediglich eine Zivilstreife in die Nähe entsandt. Ein Krankenwagen habe erst nach einer knappen halben Stunde das Opfer aufnehmen können. »Plötzlich war da ein Mob, der gegen den Rettungswagen trat und spuckte«, sagt Franco Meyer.

Der Drohung zum Trotz sagte das Ehepaar später bei der Polizei aus. Der Schläger kam in Untersuchungshaft. Die Meyers wurden daraufhin zur Zielscheibe. Unbekannte verteilten Flugblätter in der Nachbarschaft. Die Eheleute wurden als Denunzianten und »Kollaborateure« gebrandmarkt, als Rassisten, als Nazis.

»Unsere Namen standen plötzlich im Netz, jeden Tag wurden wir belästigt.« Die Linken aus der Rigaer Straße um Joschka B. veranstalteten Kundgebungen gegen die unliebsamen Zeugen auf dem »Dorfplatz«. Nachts wurde regelmäßig geklingelt. Im Prozess gegen den Schläger sagten die Meyers aus. Irgendwann bekamen sie Polizeischutz, Tag und Nacht.

Der Angreifer wurde schließlich zu einer Geldstrafe verurteilt. Julia Meyer sagt, sie sei von dem Psychoterror herzkrank geworden. Erst mit dem Umzug kehrte wieder Ruhe in das Leben des Paares ein. Noch immer können beide nicht fassen, was passiert ist. »Das hat mit linker Politik überhaupt nichts zu tun und trotzdem solidarisieren sich immer alle mit der Rigaer«, sagt Franco Meyer. »Die Parolen sind nur Deckmantel für deren Machtspiele. Was hier abgeht, ist die reine Menschenverachtung.« Julia Meyer fühlt sich von der Politik im Stich gelassen. Sie habe immer die Linkspartei gewählt. Beim nächsten Mal wird sie gar nicht mehr wählen.

Die Meyers sind offenbar keine Ausnahme. Wer sich im Kiez umhört und nach den Hausbesetzern fragt, bekommt wortkarge Reaktionen. Eine Frau öffnet die Tür ihrer Wohnung und winkt ab: »Ich kann nichts sagen, ich muss Rücksicht auf meine Familie nehmen.«

Im vorigen Jahr zählte die Berliner Polizei allein im Bereich der Rigaer Straße nach jüngsten Zahlen 470 Straftaten, die allermeisten davon wurden mutmaßlich von Linksextremisten begangen. Darunter waren vor allem Körperverletzungen und Sachbeschädigungen. Das bedeutet einen Anstieg von 35 Prozent, verglichen mit 2018.

An der Haustür des besetzten Komplexes in der Rigaer Straße verweisen zwei Bewohner höflich an eine E-Mail-Adresse. Eine Anfrage bleibt unbeantwortet. Stattdessen folgt eine Warnung auf Indymedia, inklusive Fotos der SPIEGEL-Reporter: Niemand aus der Szene solle mit ihnen reden.

Der Berliner Senat hält sich bisher zurück, auch wenn der Unmut groß ist. »Es kann nicht sein, dass der Staat in der Rigaer Straße rechtsfreie Räume duldet«, sagt Tom Schreiber (SPD), Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses.

In Leipzig steht bald die nächste Bewährungsprobe für den Rechtsstaat bevor. Im September findet in der Stadt der EU-China-Gipfel statt. Drei Tage lang werden Staats- und Regierungschefs in Sachsen sein. Der Auflauf ist vergleichbar mit dem G-20-Gipfel 2017. Die autonome Szene macht bereits mobil.

In Hamburg wird sich das »Parkbank«-Verfahren mindestens bis in den April ziehen, insgesamt 28 Verhandlungstage sind vorgesehen. Die Angeklagten schweigen bisher zu den Vorwürfen. Gut möglich, dass der Fall noch größere Ausmaße annimmt. Die Fahnder stellten fest, dass Felix R. und Ingmar S. auch im Umfeld weiterer linksextremistischer Gewalttaten Spuren hinterlassen haben.

Bei Felix R. geht es zum Beispiel um die schweren Ausschreitungen an der Elbchaussee während des G-20-Gipfels. Ermittler haben R. im Verdacht, daran teilgenommen zu haben. An dem Ort, an dem sich Täter nach der Randalie umzogen, fand sich ein Paar Handschuhe mit der DNA von R. Auch Handschuhe, die nach einem Farbanschlag auf das Amtsgericht Altona 2012 entdeckt wurden, lassen sich nun R. zuordnen.

Unter den Zuschauern im Gerichtssaal sitzt gelegentlich ein älterer Mann, der manchmal kurz Richtung Anklagebank winkt. Er kommt von außerhalb und ist der Vater von Anarchist Felix R. Er ist Polizist, Abteilung Staatsschutz.

Jörg Diehl, Roman Lehberger, Ansgar Siemens, Steffen Winter, Jean-Pierre Ziegler